

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 13.10.2011
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Swieter, Benjamin

CDU-Fraktion
Bongartz, Helmut
Buisker, Herbert

für Reinhard Hegewald

FDP-Fraktion
Bolinius, Erich
Eilers, Hillgriet

für Rolf Bolinius
für Heino Ammersken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Bauer, Christina
Geerken, Rainer
Kalvelage, Arthur
Tjaden, Jan-Henning

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin

Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Sprengelmeyer, Thomas
Baumann, Albert
Buß, Thomas
Lier, Robert

Protokollführung
Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 27.06.2011

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 27.06.2011 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Andrea Tholen, 1. Vorsitzende der Elternvertretung der IGS Emden, erklärt, es seien einige Fragen zusammengestellt worden, die sie heute gemeinsam mit **Herrn Ingo Tuitje** und **Frau Ilse Hanssen** vorbringen wolle.

1. Warum muss die IGS als größte aufnehmende Schule Emdens, die noch dazu im Aufbau begriffen ist und eigentlich die Unterstützung aller braucht, bereits jetzt absehbare provisorische Lösungen akzeptieren und sich dann mit lange bekannten Unwägbarkeiten herumschlagen?
2. Werden die Kosten, die für die Renovierung der Wallschule entstehen, von den 5,5 Mio. €, die im Haushalt bereit stehen, abgezogen?
3. Ist damit zu rechnen, dass IGS-Kinder im Container unterrichtet werden?
4. Wo findet der letzte Sek I-Jahrgang Platz?
5. Welche aktuellen Abgänge haben die beiden Gymnasien nach Klasse 9 und 10 an die BBSen zu verzeichnen und welche tatsächlichen Leerstände am JAG und GaT hat das langfristig zur Folge?
6. Wann wird eine Mensa für alle zukünftigen Schüler in Borssum errichtet und wie soll an der Wallschule das gemeinsame Mittagessen eingenommen werden?
7. Wann werden die Ergebnisse aus der Steuergruppe (sofern sie heute beschlossen wird) erwartet und umgesetzt?

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

8. Wann wird denn ein angemessener verkehrssicherer Busbahnhof für alle zukünftigen Kinder eingerichtet und wie wird der Schülertransport zur Wallschule aussehen?
9. Wann wird ein kindgerechtes Schulhofkonzept für die jetzt schon 300 jungen Schüler und Schülerinnen in die Wirklichkeit umgesetzt und wird auch eine Schulhofplanung der Wallschule in Aussicht gestellt?
10. Welchen Zeitraum beinhaltet die „Übergangslösung“ Wallschule?

Herr Sprengelmeyer erklärt zu *Frage 1*, Fakt sei, dass zum nächsten beginnenden Schuljahr kein Bau an dem Standort Osterburgschule zu realisieren sei. Von daher müsse bis zum nächsten Schuljahr eine Interimslösung geschaffen werden.

Herr Lutz führt zu *Frage 2* aus, die Stadt Emden dürfe nur das Geld ausgeben, welches tatsächlich im Haushalt bereit stehe. Das bedeute, dass die Kosten zunächst einmal von der Summe abgezogen würden.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, unter dem Tagesordnungspunkt 6 würden die Kosten detailliert dargestellt werden.

Zu der *Frage 3 und 4* führt er aus, es sei nicht damit zu rechnen, dass die IGS-Kinder im Container unterrichtet würden. Weitere Container an dem Standort Borssum seien sowohl der IGS als auch der Osterburgschule nicht zuzumuten. Bis zum Sommer 2015 müsse eine endgültige Lösung fertiggestellt sein.

Herr Buß erklärt zu der *Frage 5*, natürlich hätten die Gymnasien jährlich Abgänge an die Berufsbildenden Schulen zu verzeichnen, da in jedem Jahr eine bestimmte Anzahl von Schülerinnen und Schülern wechseln würden. Diese Zahlen seien auch in die mittel- und langfristige Schulentwicklungsplanung eingearbeitet worden und habe Leerstände an den Gymnasien zur Folge. Langfristig würden am GaT ca. neun Räume frei werden. Am JAG sei eher noch eine Raumknappheit festzustellen, sodass dort nur mit marginalen Leerständen gerechnet werden könne.

Zu *Frage 6* führt Herr Buß aus, zurzeit würden am Standort Borssum zwei Jahrgänge der IGS unterrichtet. Für diese Jahrgänge sei eine Lösung geschaffen worden. Wie eine Mensa langfristig konkret aussehen müsse, hänge davon ab, zu welcher Lösung man für die IGS insgesamt komme. Insofern könne diese Frage zurzeit nicht abschließend beantwortet werden. An der Wallschule sei eine entsprechende Räumlichkeit vorhanden, da dort eine Aula in ausreichender Größe für die Einnahme des Mittagessens hergerichtet werden könne.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die *Frage 7* werde gleich unter TOP 5 beantwortet. Hierzu würde auch noch ein Ergänzungsantrag vorliegen. Die *Frage 8* hinsichtlich eines angemessenen verkehrssicheren Busbahnhofs bittet er zu einem späteren Zeitpunkt beantworten zu dürfen, da dieses im Detail nicht noch ausgearbeitet sei. Auf die *Frage 9* antwortet Herr Sprengelmeyer, das Schulhofkonzept der IGS werde natürlich dann fertiggestellt, wenn das Konzept insgesamt vollendet sei. Zu *Frage 10* führt er aus, wie bereits erwähnt, geht man bei der Lösung Wallschule von einer dreijährigen Nutzung bis zum Sommer 2015 aus.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Einrichtung eines Steuerkreises zur "Schulentwicklungsplanung"
Vorlage: 15/2162

Herr Sprengelmeyer erklärt, bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.04.2011 sei der Beschluss gefasst worden, Arbeitskreise einzurichten. Auch in der Schulausschuss-Sitzung habe er angemerkt, dass nach der Sommerpause ein Steuerkreis eingerichtet werde. Da das Thema Bildung jedoch so wichtig sei, wolle man nicht warten, bis der neue Rat seine Arbeit aufnehme. Vor diesem Hintergrund sei die Beschlussvorlage gefertigt worden.

Herr Buß gibt eine kurze Schilderung der Zwischenergebnisse aus den Arbeitskreisen und erklärt, der Arbeitskreis Grundschule tage erstmalig am 02.11.2011. Insofern gäbe es hier noch kein Zwischenergebnis. An dem Arbeitskreis Sekundarbereich I seien die Schulen Wybelsum, Barenburg und die Realschule Emden beteiligt. Dort sei das Thema „Einführung und Auswirkung von Oberschulen“ ausführlich diskutiert worden und man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass alle drei Schulen derzeit kein Interesse an einer Umwandlung zur Oberschule hätten, da hier keine integrierte Schulform dargestellt werde.

Weiter führt Herr Buß aus, eine dritte Arbeitsgruppe habe sich mit der Thematik der Kooperationsmöglichkeiten im Sekundarbereich II befasst. Hier seien die Gymnasien, die beiden Berufsbildenden Schulen und die IGS beteiligt gewesen. Als Zwischenergebnis sei festzustellen, dass die betroffenen Schulen sehr an einer erweiterten Kooperation in der Zukunft interessiert seien. Auch habe man sich mit der sogenannten Stadtleiste in Oldenburg beschäftigt. Hierbei handele es sich um ein Modell, welches sehr erfolgreich im Oberstufenbereich laufe. Insbesondere vor dem Hintergrund der zurückgehenden Schülerzahlen müsse durch erweiterte Kooperation sichergestellt werden, dass zukünftig auch alle Profile mit einer breiten Kurspalette in Emden angeboten werden könnten. Die Schulen hätten sich sehr aufschlussreich gezeigt. Zudem würden weitere Gespräche stattfinden. Als nächstes werde eine feste Zeitleiste erarbeitet werden müssen.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, Schulentwicklungsplanung sei natürlich weit mehr als die Lösung der aktuellen Probleme wie z. B. die Räumlichkeiten der IGS. Schulentwicklungsplanung sei eine Planung, die Weitsicht erfordere und insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und den damit verbundenen Veränderungen gesehen werden müsse. Nunmehr werde vorgeschlagen, den bereits angekündigten Steuerkreis starten zu lassen und mit je einem Vertreter des Stadtelterrates der Schulen, des Stadtelterrates der Kindertagesstätten, des Stadtschülerrates, der Landesschulbehörde und den schulpolitischen Sprechern der Ratsfraktionen sowie der Fachverwaltung des Fachdienstes und des Fachbereichs unter externer Moderation zu besetzen. Dieser Kreis habe die Aufgabe, eine Schulentwicklungsplanung langfristig auf den Weg zu bringen. Als erste Schwerpunktaufgabe würde dem Steuerkreis die Auswahl der externen Begleitungen zugeordnet werden. Daher könne noch nicht gesagt werden, wie sich die finanziellen Auswirkungen gestalten würden. Selbstverständlich würde die Bewertung der Ergebnisse auch immer mit den Beteiligten besprochen. Auch würden zu den Abstimmungsgesprächen die Mitglieder der vorhin genannten Arbeitsgruppen eingeladen. Wenn diese Analyse stattgefunden habe, werde man als Hauptaufgabe die verschiedenen Schulstandorte bewerten, analysieren und Vorschläge erarbeiten müssen. Danach müsse eine Beschlussvorlage zu einer fortschreibungsfähigen Schulentwicklungsplanung erarbeitet werden, in der auch die Auswirkungen auf den städtischen Finanzhaushalt dargestellt werden. Darüber hinaus sollte sich dieses Gremium auch um eine möglicherweise langfristige Nutzung der Wallschule kümmern.

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

Frau E. Meyer erklärt, es würde ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegen. Sie bittet Herrn Renken, seinen Antrag vorzubringen.

Herr Renken führt aus, er habe heute Nachmittag einen Antrag zur Vorbereitung der Schulausschuss-Sitzung mit folgendem Inhalt gestellt: „Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt: Der Steuerkreis legt dem Rat seinen Abschlussbericht bis Mitte 2012 vor. Ein Zwischenbericht soll dem Schulausschuss zum Ende des 1. Quartals 2012 vorgetragen werden.“ Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Beschlussvorlage diesen Aspekt fehlen würde, da zwar ein Auftrag erteilt würde, aber nicht gesagt werde, bis zu welchem Zeitpunkt er erledigt werden müsse. Gerade vor dem Hintergrund der heutigen Situation werde erwartet, dass man wisse, was wann auf dem Tisch liegen würde. Von daher sei sein Antrag nur eine sinnvolle und zielgerichtete Ergänzung dessen, was hier von der Verwaltung eingebracht worden sei.

Herr Lutz erklärt, dieser zeitliche Rahmen würde auf jeden Fall in der Intention der Terminplanung der Verwaltung entsprechen.

Herr Bornemann bemerkt, diese Dinge seien mit ihm sowohl als schulpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion als auch bei den Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden abgestimmt worden. Da er auf neue Aufgabe zugehe, sei die heutige Situation ein wenig unglücklich. Daher werde er die Vorlage nur kurz kommentieren.

Er erklärt, er halte diesen Beschluss nicht nur für konsequent, sondern auch zeitlich ausdrücklich für richtig. Jetzt sei es an der Zeit, dieses Thema langfristig und konsequent intensiv mit allen Beteiligten zu diskutieren, beraten und entscheiden zu lassen. Dieses müsse in einem offenen Prozess stattfinden. Bereits vor der Sommerpause habe er entsprechend Stellung genommen und den Weg, was diesen Steuerkreis angehen würde, bereits vorgezeichnet. Im Grunde genommen sei von allen Seiten zugestimmt worden, dass auch die Politik an dieser Stelle mit einsteige. Weiter sei darüber diskutiert worden, dass es eine externe fachliche Moderation und Begleitung geben solle, denn der Blick von außen könne dem ganzen Prozess nur guttun. Dass man sich diesem Thema langfristig nähern müsse, sei konsequent. Es würde bereits eine Reihe von Entscheidungen vorliegen. Zum einen verfüge Emden nunmehr über eine IGS. Dieses habe Auswirkungen auf die Schullandschaft, zumal die IGS die Schule sei, die im Moment mit der höchsten Zahl als Einstieg in die 5. Klassen angewählt würde. Mit diesen Zahlen habe man eine gesicherte Grundlage, um sich auf dieser Basis weiter Gedanken machen zu können. Zum anderen müsse man hinsichtlich der Entscheidungen und der Schulgesetzänderungen der Landesregierung langfristig über die Schulentwicklung beraten. Insofern werde seine Fraktion der Vorlage auf jedem Fall zustimmen. Auch dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde er zustimmen, da dieses im Grunde genommen auch der Besprechungslage entsprechen würde. Diese Themen dürften nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn zum Sommer 2015 müssen die Ergebnisse umgesetzt sein. Gerade bei den baulichen Dingen benötige man eine lange Vorlaufzeit.

Herr Buisker erklärt, auch die CDU-Fraktion werde der Vorlage heute zustimmen. Er erinnert daran, dass die Einrichtung des Steuerkreises bzw. der Arbeitskreise letztendlich eine Idee gewesen sei, die seine Fraktion vor über einem Jahr eingebracht habe. Seinerzeit hätten Verwaltung und auch die SPD-Fraktion diesen Arbeitskreisen sehr skeptisch gegenüber gestanden, da man in der Vergangenheit immer schlechte Erfahrungen damit gemacht habe. Auch dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde seine Fraktion zustimmen, weil man bis Mitte des nächsten Jahres wissen müsse, wie es in allen Schulformen in Emden weitergehen werde.

Frau Eilers bemerkt, sie könne sich den Ausführungen von Herrn Buisker anschließen und sagt, die Erstellung eines Schulentwicklungsplans und eine ganzheitliche Betrachtung seien längst überfällig. Dabei sei es auch sehr wichtig, dass die Angelegenheit auch einmal vom Ende her bedacht werde und man in erster Linie das Wohl der Schülerinnen und Schüler im Auge

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

habe. Der Antrag der Grünen werde auch von der FDP-Fraktion unterstützt, da es wichtig sei, eine Zeitleiste zu erstellen, um Ergebnisse vorzulegen und nicht wieder den großen politischen Schwankungen hinsichtlich der Landtagswahl unterlegen sei. Bezüglich der Oberschule führt Frau Eilers aus, ihr sei es wichtig, dass bei den sieben Schwerpunktthemen vorrangig mitgeprüft werde, ob eine Oberschule in Emden eingerichtet werden könne und welche Konsequenzen ein Antrag habe.

Frau Bauer erklärt, sie könne sich den Worten von Frau Eilers anschließen. Zum Thema Oberschulen bemerkt sie, der Termin für das Treffen des Arbeitskreises I sei ungünstig gewesen, da zu diesem Zeitpunkt die Neuanmeldungen der 5. Klassen erfolgt seien und die Schulleiter schon wenig entspannt zu diesem Treffen gekommen seien und somit eine ausgiebige Diskussion nicht wirklich stattgefunden habe. Sie empfehle, noch einmal ein Treffen dieses Arbeitskreises zu diesem Thema stattfinden zu lassen.

Herr Renken erklärt, auch seine Fraktion begrüße diese Beschlussvorlage. Er freue sich, dass sein Ergänzungsantrag einstimmig im Ausschuss angenommen werde. Schulentwicklungsplanung sei kein neues Thema in Emden. Vor einem Jahr sei eine Vorlage der Verwaltung zur Schulentwicklungsplanung ruhig gestellt worden, weil sich gezeigt habe, dass sie so nicht tragfähig gewesen sei. Mit diesem Konzept gehe man nunmehr auch einen neuen Weg. Mit der Steuerungsgruppe werde es möglich sein, dass nicht Einzelinteressen von Schulen in den Vordergrund gerückt würden, sondern man versuche, die gesamte Schullandschaft in den Blick zu nehmen. Eine externe Moderation könne auch die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen ausgleichen und somit möglicherweise eine win-win-Situation schaffen. Seine Fraktion habe sich damals schon im Gegensatz zur SPD für eine Moderation ausgesprochen und nicht dafür, dass man quasi die komplette Schulentwicklungsplanung an ein externes Institut abgeben würde.

Herr Mecklenburg bittet angesichts der umfangreichen Tagesordnung, nicht mehr so viel von der Vergangenheit zu reden, sondern nunmehr in die Zukunft zu sehen. Er halte den heutigen Vorschlag für sehr sinnvoll, dennoch wolle er ein wenig Wasser in den Wein gießen. Wenn er hier in der Vorlage lesen würde, dass ein Steuerkreis für Schulentwicklungsplanung eingerichtet werden solle mit der Schwerpunktaufgabe, eine Beschlussvorlage zur Fortschreibung der Emdener Schulentwicklungsplanung zu erarbeiten, so könne das natürlich nur unter den gegebenen Voraussetzungen zu dem Zeitpunkt 2012 geschehen. Wie allen bekannt sei, würden im Jahre 2013 die Landtagswahlen stattfinden. Das allergrößte Problem bei der Einrichtung der IGS sei die von der jetzigen Landesregierung aufgebaute Hürde der Fünfzügigkeit gewesen. Er sei fest davon überzeugt, dass diese geforderte Fünfzügigkeit keinen Bestand haben werde. Somit könne man Mitte des Jahres 2012 auch nur zu einem Zwischenergebnis kommen und noch keine endgültige Schulentwicklungsplanung auf den Tisch legen. Hier müssten notgedrungen die Landeswahlen 2013 abgewartet werden. Das bedeute aber nicht, dass man nicht auch schon Mitte 2012 zu einer Lösung kommen werde, die für die IGS eine Perspektive über Jahre hinaus mit sich bringe.

Hinsichtlich der Äußerung von Frau Bauer stellt Herr Mecklenburg heraus, er habe nicht das Gefühl gehabt, dass das Thema Oberschule bei dem Treffen des Arbeitskreises Sekundarbereich I nicht ausreichend diskutiert worden sei. Die Schulleiter hätten nach einem längeren Diskussionsprozess eine klare Wertung abgegeben.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass die Planungen im Schulbereich natürlich vorgenommen werden müssten, da dieses ein Prozess sei, der nie enden werde. Weiter bemerkt Herr Sprengelmeyer, vorsorglich sei bereits als Termin der 24.11.2012 für den Start der Steuerkreis in der Vorlage aufgenommen worden. Er bittet die Anwesenden, in den Fraktionen zu klären, wer an diesem Steuerkreis teilnehmen wolle. Nach entsprechender Beschlussfassung wer-

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

de auch ein Schreiben an den Stadtelternrat, Schulelternrat und an die Landesschulbehörde verfasst, damit auch sie ihre Mitglieder benennen können.

Herr Bongartz bezieht sich auf die Aussage von Herrn Mecklenburg und erklärt, nachdem der Termin für den Steuerkreis festgelegt sei und dieser dann einen Vorschlag mache, der auch in die Bearbeitung der Verwaltung gehe, die daraus dann einen Schulentwicklungsplan entwickelte, den der Rat anschließend genehmige, dürfe nicht gesagt werden, dass das vorbehaltlich möglicher Änderungen bei den Landtagswahlen geschehe. Dieses würde seine Fraktion auf keinen Fall mitmachen. Wenn man so in der Kommune agiere, käme man keinen Schritt mehr weiter. Weiter gibt er zu bedenken, es müsse zulässig sein, darüber zu reden, wie dieses Dilemma zustande gekommen sei. Man habe den Standort der Osterburgschule für die IGS genommen, ohne vorher überhaupt untersucht zu haben, ob er dafür geeignet sei und ohne zu wissen, was er an Kosten verursachen würde. Von daher müsse darüber auch geredet werden. Aber man sollte nunmehr Entscheidungen treffen, die die Sache tatsächlich weiterbringen.

Herr Bolinius betont, wenn Mitte 2012 die Entscheidungen gefällt werden müssten, möchte er eine klare Aussage der SPD-Fraktion haben. Es dürfe nicht das Hintertürchen der Landtagswahlen offen gelassen werden. Bezüglich der Oberschulen erklärt Herr Bolinius, seiner Ansicht nach könnten nicht drei Schulleiter, die in Kürze in Pension gehen würden, entscheiden, ob eine Oberschule nach Emden komme oder nicht. Dieses sollte anderen Gremien überlassen werden.

Herr Renken stellt fest, die Kommunalpolitik dürfe sich nicht an den Wahlzyklen von Landtag oder Bundestag orientieren. Seiner Meinung nach habe die SPD-Fraktion mit ihrem Standortbeschluss die Stadt Emden in diese Situation gebracht und müsse jetzt auch zeigen, wie es da wieder heraus gehe. Er erwarte auch vom neuen Oberbürgermeister, dass er in der Sache vorangehe und den Schülerinnen und Schülern, die diese Schule besuchen, die unter äußerst schwierigen Bedingungen aufgebaut werden müsse, aufzeige, wohin die Reise gehe. Herr Renken erinnert an das Versprechen, dass es auch eine Sekundarstufe II an der IGS geben werde. Hier würden seine Fraktion und auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden Antworten erwarten, die nicht erst nach 2013 kommen dürfen.

Herr Bornemann erklärt, er habe deutlich gesagt, dass er diesen Steuerkreis für richtig halte und bis zum Sommer 2012 Ergebnisse vorliegen müssten. In diesem Steuerkreis komme auch die Frage der Sekundarstufe II der IGS. Er persönlich habe immer gesagt, dass die IGS nicht schlechter gestellt werden dürfe als andere Schulen und die Perspektive der Sekundarstufe II habe müsse. Zudem müsse im Steuerkreis auch die mögliche Sechszügigkeit der Schule besprochen werden. Die Themen seien vielfältig und es werde zu längerfristig tragenden Ergebnissen kommen müssen. Weiter erinnert Herr Bornemann, dass der Ratsbeschluss, der seinerzeit gefasst worden sei, von 5,5 Mio. € ausgegangen sei. Dieses sei die Grundlage für die Ratsentscheidung insgesamt für alle Fraktionen gewesen und habe sich im Nachhinein verändert. Die IGS sei letztendlich von den Anmeldezahlen her derzeit die größte Schule, die in Emden vorhanden sei. Es habe niemand ein Patentrezept mit Spekulation über Zahlen und Entwicklungen parat gehabt, da immer wieder Zahlenprognosen in Frage gestellt worden seien. Nunmehr verfüge man über gewisse Zahlendaten und daher sei jetzt der richtige Zeitpunkt, konkrete und langfristige Entscheidungen zu treffen. Dieses werde er auf jeden Fall auch in seinem neuen Amt so vertreten.

Herr Buisker bittet die SPD-Fraktion um Auskunft, ob sie der Meinung des Steuerkreises folgen und zustimmen werde oder ob sie die Landtagswahlen abwarten wolle.

Herr Mecklenburg betont, er sei möglicherweise falsch verstanden worden. Seiner Meinung nach gehe es bei einer Schulentwicklungsplanung nicht nur um die Frage, wo die IGS ihren endgültigen Standort haben werde, sondern auch darum, was mit den anderen Schulstandorten in Emden passiere. Auch habe er gesagt, dass das Ergebnis der Landtagswahl zu berücksichtigen sei, ob eine IGS zukünftig immer noch fünfzünftig sein müsse oder möglicherweise zu dem

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

Ergebnis führen, dass sie auch dreizügig sein könne. Das wäre seiner Ansicht nach eine Lösung für Außenstandorte, wie sie hier in der Stadt Emden vorhanden seien. Herr Mecklenburg betont, Schulentwicklungsplanung sei eine umfassende Planung für alle Schulstandorte und hier spiele natürlich das Ergebnis der Landtagswahlen eine Rolle. Abschließend stellt er fest, ob der Rat dem Ergebnis des Steuerkreises zustimmen werde oder nicht, das würden die Fraktionen entscheiden. Der Steuerkreis sei kein demokratisch gewähltes Gremium, sondern nur ein Unterstützungsgremium für den Rat. Die endgültigen Beschlüsse fasse der Rat.

Herr Bornemann erklärt, noch sei er Teil der SPD-Fraktion. In den nächsten Jahren werde er aber zu den Beschlüssen für die SPD nichts mehr sagen, da er dann eine andere Position habe, die er dann so ausfüllen werde, wie es sich gehören würde. Letztlich sei es so, dass er den Steuerkreis ganz bewusst wolle und sich darüber nicht hinwegsetzen werde.

Herr Bongartz bedauert es, dass er Herrn Mecklenburg falsch verstanden habe. Er bittet jedoch um Klarstellung der Aussage, dass noch nicht richtig feststehe, wo der Standort der IGS sei. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass der Standort der IGS die Osterburgschule sei.

Herr Bornemann bittet darum, die Themendiskussion dem Steuerkreis zu überlassen und an dieser Stelle den Beschluss zu fassen.

Herr Geerken stellt fest, der Ausschuss beschäftige sich seit längerer Zeit nicht mehr mit der Vorlage. Aus diesem Grunde bitte er darum, die Debatte hier zu beenden und zur Abstimmung zu kommen.

Frau E. Meyer lässt zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0
----------------	-----------------	-----------------

Frau E. Meyer lässt anschließend über die Beschlussvorlage abstimmen.

abweichender

Beschluss:

Es wird ein Steuerkreis mit einer externen Moderation mit dem Ziel einer nachhaltigen Schulentwicklungsplanung für die Stadt Emden eingesetzt.

Der Steuerkreis setzt sich zusammen aus je einem Vertreter des Stadtelterrates für Schulen, des Stadtelterrates für Kindertagesstätten, des Stadtschülerrates, der Landesschulbehörde, den schulpolitischen Sprechern der Ratsfraktionen und der Fachverwaltung.

Der Steuerkreis legt dem Rat seinen Abschlussbericht bis Mitte 2012 vor. Ein Zwischenbericht soll dem Schulausschuss zum Ende des 1. Quartals 2012 vorgetragen werden.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

TOP 6 Vorübergehende Nutzung der ehemaligen Wallschule durch die IGS Emden
Vorlage: 15/2185

Herr Lutz bittet zunächst darum, den fünften Absatz der Begründung nicht falsch zu verstehen und die missverständliche Formulierung etwas anders zu sehen. Er führt aus, in der bisherigen Diskussion habe man feststellen können, dass es keinen Sinn mache, eine Planung übers Knie zu brechen, um dann zu dem Ergebnis zu kommen, man benötige entsprechende Zeit. Der Steuerkreis brauche Zeit, um tätig werden zu können und die Planungen vorzulegen. Der Rat müsse dann beschließen, wie das Ganze umgesetzt werden könne. Ggf. müssten auch noch Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dieses alles brauche Zeit und um diese zu haben und gleichzeitig den Schülern und den Lehrern die Gelegenheit zu geben, einen sachgerechten Unterricht durchführen zu können, habe man im Prinzip zwei Gedankengänge. Herr Lutz erläutert sodann die Möglichkeit, weitere Container am Standort Osterburgschule aufzustellen. Er führt aus, Platz hätte man dazu nur noch auf dem Sportplatz, sodass dadurch der Sportunterricht gefährdet würde. Danach habe man sich überlegt, was getan werden könne, um einen zumindest akzeptablen Unterricht sicherzustellen und sei somit auf die Wallschule gekommen. Mit dieser Lösung würde man sich die Zeit einkaufen, um vernünftig planen und bauen zu können.

Weiter führt Herr Lutz aus, bei den Investitionsplanungen habe man sich danach gerichtet, dass man einerseits eine Ausstattung für die Schule habe, die man anschließend auch in anderen Schulstandorten benutzen könne. Weiterhin habe man überlegt, was gebaut werden müsse. Dieses habe man nach Hauptgruppen sortiert. Der dritte Punkt betreffe die Dinge, worauf man ggf. verzichten könne, um die Baukosten möglichst gering zu halten. Die Lenkungsgruppe würde dann auch berücksichtigen, was dort tatsächlich investiert worden sei.

Herr Lutz erklärt, selbstverständlich habe die Verwaltung mit der Landesschulbehörde besprochen, ob es zulässig sei, eine IGS zu teilen. Zwar sei es aus pädagogischer Sicht nicht gut, doch der Komfort, der sich in der Wallschule biete, dürfte deutlich größer sein und zu einem besseren Unterricht führen.

Anschließend stellt Herr Lutz fest, diese Zwischenlösung sei nicht optimal. Aber aus der jetzigen Sicht könne zumindest dadurch Zeit gewonnen werden, um eine weitere verbesserte Lösung hinzubekommen.

Herr Lutz erläutert anhand einer Aufstellung die Kostenschätzung für die Sanierung der Wallschule für eine umfassende IGS-Nutzung. Die Aufstellung ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Buß ergänzt, derzeit werde die Wallschule von der Realschule Herrentor als Außenstelle genutzt. Diese Nutzung sei im laufenden Schuljahr noch erforderlich. Für das kommende Schuljahr sei das Gebäude jedoch für die Realschule entbehrlich. Dieses sei mit der Schulleitung abgesprochen worden, sodass die Planungen entsprechend aufgenommen werden könnten.

Herr Renken stellt den Antrag auf Anhörung nach § 6 der Geschäftsordnung und bittet darum, dem Schulleiter der IGS, Herrn Kottkamp, die Möglichkeit zu geben, hier als anwesender Sachverständiger die Stellungnahme der Schule zu der Planung vorzutragen zu können.

Frau E. Meyer lässt über diesen Antrag abstimmen.

Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0
----------------	-----------------	-----------------

Frau E. Meyer bittet Herrn Kottkamp um seine Stellungnahme.

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

Herr Kottkamp erklärt, er wolle gerne zu den Planungen Stellung nehmen. Seiner Ansicht nach könne dieses aber nur eine 1-b-Lösung sein. Die Lösung Wallschule mute vor allem dem Kollegium eine ganze Menge zu und sei dann hinnehmbar, wenn wirklich Mitte des nächsten Jahres definitiv bekannt sei, wie sich die Schule weiterentwickeln könne. Auch im Sinne der Eltern und Schüler müsse er ganz deutlich sagen, wo die IGS mit den übrigen Jahrgängen bleiben werde. Seiner Meinung nach würde es einen Denkfehler geben, denn man rede hier über einen Zeitraum bis zum Jahre 2015. Dann habe man zwei Jahrgänge an der Wallschule und drei Jahrgänge an der Osterburgschule. Es stelle sich jedoch die Frage, was danach passiere. Abschließend stellt er heraus, dass diese Lösung von der IGS mitgetragen werde.

Herr Buß entgegnet, es sei angestrebt, zum 01.08.2015 die Lösung insgesamt fertiggestellt zu haben. Insofern würde diese vorübergehende Planung ausreichen.

Herr Bornemann stellt heraus, seiner Ansicht nach sei es für den Moment die einzig machbare Lösung. Es sei sehr plausibel dargestellt worden, dass es absolut unzumutbar sei, am Standort der Osterburgschule mit weiteren Containern zu arbeiten. Er sei sich dessen bewusst und habe aus diesem Grunde auch gesagt, im Jahre 2012 müsse ein Ergebnis auf dem Tisch liegen, damit 2015 alles fertig sei. Dieses sei ein klares Ziel. Der IGS werde unheimlich viel zugemutet. Dafür bitte er um Verständnis. Seines Erachtens hätte eine Patentlösung nur darin bestanden, wenn mit dem Beschluss der Errichtung einer IGS auch ein kompletter Neubau beschlossen worden sei. Doch für diese Lösung habe es keine Mittel und Möglichkeiten gegeben. Insofern sei es eine schwierige Situation, die bis 2015 endgültig gelöst werden müsse. Die SPD-Fraktion werde der heutigen Beschlussvorlage zustimmen. Die Zahlen seien ausführlich dargestellt worden und auch die Ausstattung sei selbstverständlich erforderlich. Er würde die Meinung vertreten, dass auch die Sanierung der Sporthalle durchgeführt werden sollte, da diese Halle auch für den Emdener Sport dringend benötigt werde.

Frau Eilers erklärt, auch ihre Fraktion werde dem heutigen Beschluss zustimmen. Ihrer Ansicht nach sei diese Lösung ein ganz unbefriedigendes Provisorium und es müsse für die Schülerinnen und Schüler möglichst schnell eine gute Lösung gefunden werden. Dieses sei eine große Herausforderung, zumal man auch die Kosten im Auge behalten müsse.

Weiter führt Frau Eilers aus, bei der vorübergehenden Nutzung der Wallschule müsse aber auch eine verkehrliche Lösung gefunden werden, da die Straßen dort sehr eng seien. Ferner gibt sie zu bedenken, dass auch für die Musikschule andere Räumlichkeiten ausgemacht werden müssten.

Herr Buisker erklärt, obwohl diese Lösung total unbefriedigend sei, werde seine Fraktion dieser Vorlage zustimmen. Er bittet jedoch darum, dass die Problematik des Bustransportes umgehend mit eingeplant werde.

Herr Bornemann ist ebenfalls der Ansicht, dass der Bustransport selbstverständlich geregelt werden müsse. Er erinnert an die Diskussion um die Wallschule, die immer als hervorragender innerstädtischer Standort gesehen worden sei, um dort einmal auch eine zentrale Hauptschule einzurichten.

Herr Renken bemerkt, auch seine Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen. Natürlich handele es sich hierbei um eine Notlösung, die auch keine echte Brückenfunktion habe, weil man immer noch nicht wisse, was am Ende herauskomme. Er betont, seine Fraktion wolle mit dieser Zustimmung der Schule helfen, damit es überhaupt weitergehen könne.

Frau Bauer erklärt, sie stehe dieser Vorlage mit gemischten Gefühlen gegenüber, da sie die hohen Kosten sehen würde. Diesbezüglich fragt sie an, ob zusätzliche Kosten für die Herrichtung der Aula noch hinzukämen. Auch bittet sie zu bedenken, dass es sich bei der Wallschule um ein altes Gebäude handele, deren tatsächliche Kosten vorher nicht absehbar seien. Ab-

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

schließlich führt sie aus, sie hoffe, dass es sich hierbei nicht nur aufgrund des zeitlichen Engpasses um eine schnelle Lösung handele.

Herr Lutz bemerkt, selbstverständlich könne das Geld kein zweites Mal ausgegeben werden. Für die IGS würden im Haushalt Mittel in Höhe von 5,5 Mio. € bereitstehen. Das bedeutete aber nicht, dass das Geld auf dem Konto sei, sondern dazu habe man eine Kreditermächtigung. Wenn jetzt Geld für die Herrichtung der Wallschule benötigt werde, dann würde er es von den 5,5 Mio. € nehmen, sodass der Betrag geringer würde und nicht mehr ausreiche, um zu bauen. Der Rat müsse anschließend entscheiden, woher er das Geld entsprechend zur Verfügung stelle. Jetzt gehe es um die Sicherstellung, dass in den nächsten Jahren ein passabler Unterricht gewährt werden könne. Er betont, man sei es den Schülerinnen und Schülern und auch den Eltern der IGS schlicht und ergreifend schuldig. Anschließend müsse man sich darüber unterhalten, wie man sich den Rest tatsächlich leisten könne. Die Entscheidung, dass diese Schule eingerichtet werde, sei getroffen. Und jeder, der dort zur Schule gehe, habe ein Anrecht darauf, dort auch seinen Abschluss zu machen.

Herr Renken stellt heraus, letztendlich entscheide der Rat über den Haushalt. Weiter führt er aus, seiner Meinung nach würden im Haushalt 2011 Mittel für die Errichtung der IGS in der Größenordnung von knapp 5 Mio. € vorhanden sein. Das bedeute, dort seien keine 5,5 Mio. € angesetzt worden, während in dem Finanzbedarf Schulen und Kinderkrippen in dem Maßnahmenplan des Gebäudemanagements von 5,6 Mio. € für die Erweiterung ohne Ausstattung kalkuliert würden. Wenn man die Gesamtsituation betrachte, um die IGS einzuordnen, rede man hier von einem Investitionsbedarf von 36 Mio. € in den nächsten vier bis fünf Jahren, was seitens der Verwaltung vom Gebäudemanagement in einen Maßnahmenplan aufgeführt sei. Hier stelle sich die Frage, wo man denn tatsächlich Prioritäten setzen müsse. Letztendlich sei dieses auch eine politische Abwägungsfrage, wo man die Schwerpunkte setzen wolle.

Herr Lutz führt aus, die 600.000 €, die noch mit dazugekommen seien, würden sich in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 befinden. Um die Zwischenlösungen tatsächlich bezahlen zu können, habe man aus dem Haushalt Zuschüsse an den Betrieb Gebäudemanagement gegeben.

Bezüglich der Herrichtung der Aula erklärt Herr Lutz, die Investitionskosten seien hier mit enthalten. Auch sei geplant, dort eine Ausgabestelle für Essen herzurichten, sodass ein gemeinsames Essen möglich sei. Die vorhandene Lehrküche sei nicht geeignet, die Anzahl der Schülerinnen und Schülern von zwei Jahrgängen zu versorgen.

Weiter bemerkt Herr Lutz, die Musikschule könne in der Wallschule verbleiben. Eventuell müsste man sich auf eine Doppelnutzung einigen. Er schlägt vor, die Summe in Höhe von 895.000 € zu nehmen und damit die Wallschule herzurichten. Auch sollte man schauen, was noch getan werden könne, um den Schulhof tatsächlich so nutzen zu können. Wenn der Aufzug benötigt werden sollte, gehe er auch davon aus, dass das hiermit auch entsprechend abgedeckt wäre.

Herr Bongartz ist der Meinung, die Summe sollte im Grunde genommen so festgelegt werden, dass man auch damit tatsächlich auskommen könne.

Beschluss: Das Gebäude der ehemaligen Wallschule wird für eine vorübergehende Nutzung durch die IGS Emden hergerichtet.

Ergebnis: einstimmig

Ja-Stimmen: 14	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1
----------------	-----------------	-----------------

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

TOP 7 Zukünftiger Schülertransport zur IGS in Borssum, Bau eines Wendepplatzes in Höhe Ecke Liekeweg/Platanenstraße,
- Antrag der FDP-Fraktion vom 05.07.2011
Vorlage: 15/2077

Herr Bolinius führt aus, in der im Mai 2011 stattgefundenen Sitzung des Schulausschusses habe Herr Docter gesagt, nach Fertigstellung des Neubaus der IGS in Borssum würden die Busse über den Hagebuttenweg geführt. Dabei handele es sich bis zu 18 Busse täglich. Die FDP-Fraktion habe schon seinerzeit erklärt, dass sie mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sei. Nunmehr habe er sich gemeinsam mit der Firma Reiter vor Ort nach einer Lösung umgesehen. Dabei sei er zu der Überzeugung gekommen, dass man einen Buswendepplatz in Höhe der Platanenstraße einrichten sollte, damit die Schülerinnen und Schüler direkt vor dem Eingang aussteigen können. Aus diesem Grunde schlage er vor, dass dort ein Wendepplatz gebaut werde, sodass die Busse nur die kurze Strecke Liekeweg fahren müssten und dann dort wenden zu können.

Herr Bolinius erklärt weiter, er sei von der Stellungnahme der Verwaltung sehr überrascht gewesen. Danach solle eine Entscheidung über einen Ausbau der bisherigen Bushaltestelle, den Bau eines neuen Wendepplatzes oder die Verlagerung von Buslinien erst getroffen werden, wenn der Rat der Stadt Emden über die verlässliche Entwicklung der IGS Emden am Standort Borssum entschieden habe. Diese Aussage könne er nicht nachvollziehen und fragt an, ob der Standort der IGS in Frage gestellt werde. Herr Bolinius bemerkt, sein Antrag dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden. Seine Fraktion werde allergrößten Wert auf die Infrastrukturmaßnahme legen.

Herr Lutz sagt, auch die Verwaltung würde das Problem mit der Busanbindung an der Stelle des neuen Eingangs sehen. Er bitte diese verlässliche Entwicklung dahingehend zu verstehen, dass man sage, man wolle verlässlich wissen, wo die Busse am besten halten könnten.

Herr Bongartz unterstützt die Aussage von Herrn Bolinius und erinnert an die Vorstellung durch den Architekten in der vorherigen Schulausschuss-Sitzung. Damals seien sich die Fraktionen einig gewesen, dass keine Schulbusse durch den Hagebuttenweg fahren werden. Daher unterstütze er vom Ansatz her auch den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Sprengelmeyer stellt fest, über die Infrastruktur könne nur im Zusammenhang mit dem Bau entschieden werden.

Herr Renken hält es für sinnvoll, diesen Antrag als Material in die Steuerungsgruppe mit einzu-beziehen.

Herr Bornemann stellt heraus, es sei die übereinstimmende Meinung, dass sich der Hagebuttenweg nicht für den Busverkehr eignen würde. Er schlägt vor, diesen Antrag in die weitere Planung zu geben.

Herr Bolinius bemerkt, dass sein Antrag in einer Mitteilungsvorlage behandelt werde. Wenn jedoch der Schulausschuss insgesamt der Meinung sei, bei der Infrastrukturmaßnahme müsse eine vernünftige Lösung für die Schulbusse gefunden werden, damit die Schülerinnen und Schüler unfallfrei aussteigen können, sei das in Ordnung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

TOP 8 Schulstruktur - Barenburg als zweiter IGS-Standort,
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.07.2011
Vorlage: 15/2186

Herr Bolinius stellt fest, sein Antrag datiere vom 11.07.2011. Seinerzeit sei ihm von der Wall-schule noch nichts bekannt gewesen. Er sei mit dem von der Verwaltung gemachten Vorschlag einverstanden, diesen Antrag im Steuerkreis zu behandeln.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mensa am GaT,
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.07.2011
Vorlage: 15/2187

Herr Bongartz erklärt, mit diesem Antrag habe man sich schon einmal in den Ausschüssen und auch im Rat beschäftigt. Damals seien sich alle einig gewesen, dass eine Mensa am GaT ge-baut werde und es sei folgender Beschluss gefasst worden: „Der Rat der Stadt Emden be-schließt, am GaT eine Mensa zu bauen. Die Verwaltung wird gebeten, die Kosten für die Mensa 2012 einzuplanen.“ In der heutigen Vorlage stehe nunmehr, der Rat habe sich dafür ausge-sprochen, im Rahmen der Budgetberatungen 2012 zu entscheiden, ob für den Bau einer Mensa am GaT die erforderlichen investiven Mittel bereitgestellt würden. Seiner Meinung nach habe das der Rat nicht beschlossen.

Herr Lutz führt aus, im Moment liege noch nicht einmal der Entwurf eines Haushaltsplanes vor. Somit seien diese Mittel noch nicht eingeplant. Er habe den Fraktionen und auch im Verwal-tungsausschuss mitgeteilt, dass die Beschlüsse des Rates im Januar mit Einbringung des Haushalts auf eine Liste gesetzt würden und dann darüber beraten und entschieden werden müsse.

Herr Bongartz stellt fest, der Antrag der CDU-Fraktion sei zu seiner Zufriedenheit beantwortet worden. Seiner Ansicht nach sei lediglich die Einleitung nicht richtig, dass der Rat sich dafür ausgesprochen habe, im Rahmen der Budgetberatungen 2012 zu entscheiden, ob für den Bau einer Mensa am GaT die erforderlichen investiven Mittel bereitgestellt würden. Ansonsten sei der Antrag für seine Fraktion erledigt.

Herr Bolinius zeigt sich von den Kosten der Mensa in Höhe von 1,7 Mio. € verwundert. Er sei bisher von einer Summe von 1 Mio. € ausgegangen. Auch sei er der Ansicht gewesen, dass die Inbetriebnahme Mitte des Jahres 2012 vorgesehen sei. Jetzt stehe in der Vorlage, dass die-se erst zum Schuljahr 2013/2014 realisiert werden könne. Er bittet um Auskunft, wieso es zu einer Kostenexplosion gekommen sei.

Herr Baumann teilt mit, in der Vorlage sei bereits begründet worden, warum die Kosten ange-stiegen seien. Im Jahre 2008 habe man eine Planung für eine Mensa basierend auf 100 Schü-lerinnen und Schülern von einem Architektenbüro ermitteln lassen. Nachdem man sich gemein-sam mit dem Fachdienst Schule und Sport Gedanken darüber gemacht habe, wie groß die Mensa dimensioniert werden solle, liege man nunmehr bei einer Zahl von 150 Schülerinnen und Schülern, die an dem Mittagessen teilnehmen würden. Zudem seien die Baukosten in den letz-ten Jahren gestiegen und das vorgelegte Konzept für eine Essensverpflegung basiere jetzt auf einer anderen Variante. Durch diese Veränderungen seien die Kosten um 700.000 € gestiegen.

Herr Buß stellt fest, eine Fertigstellung der Mensa zum 01.09.2012 sei illusorisch, da es einen Beschluss über den Haushaltsplan 2012 erst im Laufe des Jahres geben werden. Derzeit sei man mit der Schule im Gespräch, um möglicherweise eine Übergangslösung zu schaffen.

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

Herr Buisker gibt zu bedenken, dass vor vier Jahren hierzu der erste Antrag gestellt worden sei. Er bedauert, dass eine Fertigstellung im Jahre 2012 nicht möglich sei. Alle Fraktionen seien sich einig gewesen, dass für den Bau der Mensa am GaT Geld in den Haushalt für das Jahr 2012 eingestellt werde. Seiner Ansicht nach sei es eine konkrete Aussage, wenn zum Schuljahresbeginn 2013 die Mensa fertiggestellt sein solle.

Herr Bongartz bemerkt, über den Antrag seiner Fraktion bräuchte nicht abgestimmt zu werden.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

TOP 10 IGS-Dilemma,
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.07.2011
Vorlage: 15/2188

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

TOP 11 kostenfreie Teilnahme am Mittagessen in Schulen,
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2011
Vorlage: 15/2189

Herr Renken erklärt, es sei bekannt, dass durch das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung auch Zuschüsse für die Schülerinnen und Schüler aus Familien mit geringen Einkommen vorgesehen seien. Zum einen sei da die Kostenpauschale für Lernmittel in Höhe von 100 € jährlich, die in bar ausgezahlt werde, und auch die Zuschüsse für Schulfahrten und dgl. Auch würde die Regelung vorsehen, dass die Kosten für ein Schulessen 1 € maximal betragen sollten. Da die Stadt Emden übrigens beim Zuschuss für die Beschaffung von Lernmitteln in der Vergangenheit einen eigenen Zuschuss geleistet habe, der jetzt quasi vom Bildungs- und Teilhabepaket übernommen werde, war der Gedanke, der bereits in vielen Kommunen beschlossen worden sei, den Nutzen aus diesem Bildungs- und Teilhabepaket an diejenigen zurück zu geben, die es auch nötig hätten. Darauf ziele der Vorschlag seiner Fraktion auch ab, dass den Schülerinnen und Schülern aus dem vom Bildungs- und Teilhabepaket betroffenen Familien zukünftig ein kostenloses Mittagessen an den Schulen gewährt werde.

Herr Renken zeigt sich über die Argumentation der Verwaltung verwundert, dass es sozial ungerecht sei, da man in Grenzbereiche hineinkomme, zwischen denen, die einen Anspruch hätten und denen, die keinen Anspruch hätten. Dieses sei für ihn eigentlich kein Argument, da dieses bei sehr vielen Dingen so sei. Auch sei es für ihn nicht nachvollziehbar, warum eine kostenlose Teilnahme am Mittagessen zu einem leichtfertigen Umgang mit dem Essen führen sollte. Auch die pauschale Unterstellung, dass anstelle dessen Zigaretten oder ähnliches gekauft würde, halte er nicht für lebensnah. Weiter gibt er zu bedenken, dass es hier um 16 bis 20 € pro Monat gehen würde. Seiner Ansicht nach sei es sinnvoll, die Teilnahme am Schulessen zu fördern.

Abschließend weist er auf den Sozialbericht des Statistischen Bundesamtes hin. Dort werde mitgeteilt, dass in der armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppe nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch eingenommen werde. Seiner Meinung nach sei es auch ein Grund dafür, für diesen Antrag zu stimmen, der im Landkreis Aurich lange beschlossen sei.

Herr Mecklenburg stellt fest, seine Fraktion habe an dieser Stelle noch Beratungsbedarf und er beantrage daher, diesen Antrag zunächst in die Fraktionen zu verweisen. Seit mindestens zwei Jahren rede man hier über ein Verpflegungskonzept für Kindergärten und Schulen. Dazu gehö-

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

re für seine Fraktion auch, mit welchen Kosten alle Eltern rechnen müssten und nicht nur diejenigen, die Hartz-4-Leistungen empfangen würden. Auch für andere Eltern, die an der Grenze liegen würden, sei es ein Punkt, wenn sie pro Tag 3 € bezahlten müssten. Von daher möchte die SPD-Fraktion dieses Ansinnen bei der Beratung über ein Verpflegungskonzept in den Kindergärten und Schulen mitbehandeln und jetzt keinen isolierten Einzelbeschluss fassen.

Herr Lutz führt aus, in der Vorlage sei nicht konkret aufgeführt, welche Kosten tatsächlich bei der Stadt Emden noch zusätzlich entfallen, wie z. B. bei der Ausgabe von Lebensmitteln. An vielen Stellen sei es so, dass die Stadt zusätzlich noch die Personen bezahlen müssten, die das Essen ausgeben oder als Reinigungskräfte eingesetzt würden. Er bittet die Fraktionen, dieses ebenfalls zu berücksichtigen. Weiterhin weist er darauf hin, dass unterstellt werde, durch das Bildungs- und Teilhabepaket werde tatsächlich etwas eingespart. Allein für die Verwaltung seien zwei neue Stellen im Jobcenter und eine neue Stelle im Fachbereich Gesundheit und Soziales geschaffen worden. Hinzu komme noch der Aufwand für die Abrechnung bei den Schulsekretariaten. Abschließend bemerkt Herr Lutz, man müsse sich auch Gedanken machen, ob man eine weitere zusätzliche soziale Leistung einführen wolle. Wenn die Steuereinnahmen zurückgehen sollten, stelle sich die Frage, was man an freiwilligen Leistungen behalten wolle. Er bittet darum, nicht unnötig zusätzliche Fässer zu öffnen, solange andere Sachen noch nicht erledigt seien.

Herr Bolinius begrüßt grundsätzlich den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, doch müsse er auch Herrn Mecklenburg zustimmen, der beantrage, diesen Antrag zunächst in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Buisker erklärt, seine Fraktion hätte dem Antrag gerne zugestimmt. Da jedoch die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf habe, sollte man dem auch gerecht werden. Er hoffe, dass dieser Punkt nicht noch einmal lange hinausgeschoben werde, sodass in den nächsten Sitzungen auch ein Beschluss gefasst werden könne.

Herr Renken bemerkt, es sei selbstverständlich, dass der Antrag in die Fraktionen verwiesen werde, wenn noch Beratungsbedarf bestehen würde. Er erinnert daran, dass die Verwaltung immer dagegen sei, wenn es darum gehen würde, bestimmte Gruppen von Schülerinnen und Schüler zu unterstützen mit dem Ziel, Bildung zu fördern. Dennoch seien die Beschlüsse ziemlich einstimmig gefasst von der Politik gefasst worden.

Bezüglich des Essenskonzeptes an Schulen und Kindertagesstätten erklärt Herr Renken, dieses Konzept sei vor drei Jahren in Auftrag gegeben worden. Bis zum heutigen Tag seien dem Rat keine Ergebnisse vorgelegt worden. Er bitte darum, diesen Punkt nunmehr schnellstmöglich auf die Tagesordnung zu setzen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

TOP 12 Schülertransport Hagebuttenweg,
- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.08.2011
Vorlage: 15/2190

Herr Bolinius erklärt, er werde diesen Antrag zurückziehen. In einem vorherigen Tagesordnungspunkt seien sich alle Fraktionen einig gewesen, dass kein Busverkehr durch den Hagebuttenweg fließen solle.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Ausschussbeteiligung

Herr Lutz bedankt sich bei den zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörern für die Teilnahme an der heutigen Sitzung. Er würde sich freuen, wenn auch bei den anderen Ausschuss-Sitzungen so großes Interesse gezeigt würde, da dort auch bedeutende Themen behandelt würden.

2. Umwandlung in eine Ganztagschule

Herr Buß weist darauf hin, dass der Antrag der Grundschule Fruchteburg auf Umwandlung in eine Ganztagschule zum 01.08.2012 am 10.10.2011 bei der Stadt Emden eingegangen sei. Aufgrund der Kurzfristigkeit sei es der Verwaltung nicht möglich gewesen, die entsprechenden Kosten zu errechnen, die durch eine Umwandlung entstehen würden. Diese würden nunmehr schnellstmöglich ermittelt werden, um fristgerecht einen Antrag bis zum 30.11.2011 bei der Landesschulbehörde zu stellen.

3. Schulinspektionen

Herr Buß erklärt, die niedersächsische Schulinspektion habe sich in der Förderschule in der Zeit vom 07. bis 09.11.2011 und in den Grundschulen Petkum und Herrentor in der Zeit vom 12. bis 14.12.2011 angekündigt.

4. Einweihung Spielplatz Grundschule Nesserland

Herr Sprengelmeyer führt aus, Einladungen zu einer Schulhof- oder Spielplatzöffnung würden normalerweise vom Auftraggeber ausgehen. Die Stadt Emden lade zu Einweihungen ein, wenn das Gebäude bzw. der Platz fertig gestellt und begehbar sei. Eingeladen würden neben den Architekten, Planern und Firmen, auch die Einrichtungen, die das Gelände nutzen werden. Aber auch Nachbarn, der entsprechende politische Ausschuss, die Fraktionsvorsitzenden kämen hinzu. Die Einladung zur Einweihung des Spielplatzes der Grundschule Nesserland sei in der vergangenen Woche per Mail vom Schulelternrat der Schule ausgesprochen worden. Dieses habe ihn sehr überrascht, zumal der Spielplatz noch nicht freigegeben worden sei.

Herr Sprengelmeyer bedauert diese Situation und erklärt, er habe überhaupt kein Interesse, hier mit der Lehrer- oder Elternschaft der Grundschule Nesserland aneinander zu geraten. Er werde nach den Herbstferien das Gespräch suchen, zumal Politik und Verwaltung in den letzten Jahren gerade die Grundschulen stark unterstützt hätten. Das Gebäudemanagement habe in den Sommerferien die Räumlichkeiten unter großen Anstrengungen hergerichtet. Bei einer gemeinsamen Begehung mit der Schulleitung sei diese voll des Lobes für die Räume gewesen. In den öffentlichen Mitteilungen der Schulleitung könne man davon allerdings nichts erkennen. Er bedauere dieses sehr, da das Gebäudemanagement in relativ kurzer Zeit eine ganz hervorra-

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

gende Arbeit gemacht habe. Von daher sei das Erstaunen groß gewesen, zumal an diesem Tag eine seit Monaten geplante Fachkonferenz durchgeführt worden sei, an der selbstverständlich auch die Fachverwaltung teilgenommen habe. Er habe am Montag noch versucht, mit Schulelternrat Kontakt aufzunehmen. Dieses sei ihm aber über Stunden nicht gelungen, sodass er nach Abstimmung mit dem Oberbürgermeister hier eine Absage vorgenommen habe. Der Termin habe nun doch stattgefunden. Positiv sei zu beurteilen, dass nach den Herbstferien der Spielplatz genutzt werden könne. Zudem werde auch weiterhin an der Perspektive der Grundschule zusammengearbeitet, um hier eine wirklich gute inklusive perspektivisch ausgelegte Schule zu errichten.

TOP 14 Anfragen

1. Einweihung des Spielplatzes der Grundschule Nesserland

Herr Renken erkundigt sich bei den anderen Fraktionen, ob sie bezüglich der Einweihung des Spielplatzes der Grundschule Nesserland eine Einladung erhalten hätten. Er sei sehr verärgert darüber, dass er als Fraktionsvorsitzender keine Einladung erhalten habe und habe dieses der Schulleitung bereits mitgeteilt. Herr Renken bedankt sich bei Herrn Sprengelmeyer für die Aufklärung des Sachverhaltes.

Frau E. Meyer erklärt, sie habe als Vorsitzende des Schulausschusses eine Einladung des Schulelternrates erhalten. Sie weist darauf hin, dass dieser erst seit kurzer Zeit im Amt sei und vielleicht mit dem Verfahren bei solchen Veranstaltungen noch nicht vertraut sei. Sie bemerkt weiter, sie habe an der Eröffnung nicht teilgenommen, da sie eine Mail bekommen habe, dass diese um eine Woche verschoben werde. Ganz erstaunt sei sie dann über den Bericht in der Zeitung gewesen, dass die Einweihung doch stattgefunden habe.

Herr Bolinius führt aus, er habe sich natürlich auch gewundert, dass er keine Einladung erhalten habe, gerade weil er sich speziell für den Umzug der Schule Nesserland eingesetzt habe.

Herr Bornemann sagt, er habe eine Einladung erhalten. Herr Sprengelmeyer habe ihm nachmittags jedoch mitgeteilt, dass die Veranstaltung nicht stattfinden werde. Um 23.20 Uhr habe ihm der Schulelternrat per Mail mitgeteilt, dass die Einweihung doch durchgeführt werde. Diese Nachricht habe er jedoch nicht mehr rechtzeitig gelesen. Er stimmt Herrn Sprengelmeyer zu, dass der Kreis sicherlich nicht richtig gewählt worden sei.

2. Einschulungstermin 2012

Herr Mecklenburg fragt bezüglich der Einschulung für das neue Schuljahr an, ob sich alle Grundschulen auf einen Termin geeinigt hätten, sodass die Einschulung wieder an einem Samstag durchgeführt werden könne.

Herr Buß erklärt, er habe die Schulleiter der Grundschulen angeschrieben. Hintergrund sei, dass der Einschulungstermin auf den 08.09.2012 verlegt werden könne, wenn alle Grundschulen eines Schulträgers diesen Termin einstimmig befürworten würden. Mittlerweile habe er die Antworten erhalten, müsse jedoch feststellen, dass die Grundschulen unterschiedliche Einschulungstermine wünsche. Er bezweifle jedoch, dass die Landesschulbehörde einem Antrag stattgeben würde.

Nach einer kurzen Diskussion über die Einschulungstermine führt **Herr Buß** aus, nach Rücksprache mit der Landesschulbehörde würde es einen eindeutigen Erlass geben, aus dem sich ergeben würde, dass die Einschulung im kommenden Jahr in der Zeit vom 01.09.12 bis 05.09.12 stattfinden könne. Eine Ausnahme sei nur dann möglich, wenn alle Schulen eines

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses am 13.10.2011

Schulträgers einstimmig einen anderen Termin, nämlich den 08.09.12, wünschen würden. Er schlägt vor, die Grundschulen noch einmal einzuladen, um dieses Problem zu klären.

Herr Bornemann regt an, die Schulen, die sich dem 08.09.2011 noch nicht angeschlossen hätten, noch einmal auf diese Mehrheit hinzuweisen und zu bitten, über den Termin noch einmal nachzudenken.

Frau E. Meyer bedankt sich am Ende der 15. Wahlperiode bei allen Mitgliedern und bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.